**Rede zur Resolution Kreiskrankenhaus – GRÜNE**

**Heiner Lohmann, Gemeinderatssitzung 18.9.23**

Wir haben diese Sondersitzung beantragt, nachdem die Landrätin aus einem noch nicht fertiggestellten Gutachten geplaudert hat, das u.a. die Finanzierungsmöglichkeiten der inzwischen 18-20 Mio. € betragenden Schulden der drei Kreiskliniken beurteilen soll. Sie ließ durchsickern, dass wahrscheinlich das KKH Rheinfelden geschlossen werden müsse. Wir wissen heute noch nicht, ob sie damit bereits vorzeitig die Katze aus dem Sack gelassen oder in freilich unprofessioneller Weise einen nur vorläufigen Zwischenstand preisgegeben hat. Danach würden durch die Schließung unseres KKH ca. 3,5 Mio. € mehr eingespart werden können als durch die Schließung der Schopfheimer Klinik.

Zu diesem Thema hat es eine Sitzung unserer Kreistagsfraktion gegeben. Mir wurde dabei glaubhaft versichert, dass die 3,5 Mio. € nur eine Grobschätzung seien, die sich noch ändern könne. Man dürfe nicht nur auf die Zahlen schauen, sondern müsse den wirtschaftlichen Aspekt des gesamten Landkreises berücksichtigen. Es seien noch viele Fragen offen, und zwar bei allen Standorten und Konzepten. Herr Lavendel hat öffentlich nur dargestellt, dass zwingend ein Standort geschlossen werden müsse. Der Landkreis muss kontinuierlich bis zur Eröffnung des ZK zubuttern. Das ZK wird dann schätzungsweise noch zwei Jahre in den roten Zahlen bleiben. Ausgehend vom heutigen Minus müsste die Kreisumlage um 6 Punkte erhöht werden, wenn sonst nichts geschieht. Dadurch würde eine Reihe kleinerer Gemeinden in den Bankrott getrieben. Rheinfelden müsste 6 Mio. € mehr an Kreisumlage bezahlen.

Soweit einige Angaben, die deutlich machen, dass es unserer Fraktion unmöglich erscheint, vor der Veröffentlichung des Gutachtens eine derart ultimative Forderung gegen die Schließung unseres KKH aufzustellen, wie im Resolutionstext verlangt. Sehr wohl können wir die drei Begründungspunkte mittragen. Davon sind zwei in Frageform formuliert. Diese erübrigen sich aber, wenn vorher bereits eine endgültige, ultimative Forderung gegen die Schließung aufgestellt worden ist. Dann muss man ja keine Fragen mehr stellen. Deshalb können wir dem Text in dieser Form nicht zustimmen und bitten um eine Änderung, die den ultimativen Charakter zumindest abschwächt. Wir beantragen folgenden geänderten Text: „Der Gemeinderat der Stadt Rheinfelden (Baden) fordert **nach derzeitigem Wissensstand** die Landrätin Frau Dammann, den Aufsichtsrat der Kliniken des Landkreises Lörrach GmbH sowie den Kreistag des Landkreises Lörrach in einer gemeinsamen Resolution auf, einer vorzeitigen Schließung des Standortes Rheinfelden nicht zuzustimmen“. Die Begründungspunkte können nur durch das Gutachten beantwortet werden. Wir brauchen die Ergebnisse des Gutachtens, um überhaupt eine seriöse Beurteilung der Gesamtproblematik abgeben zu können.

Für mich als Kreisrat muss das oberste Ziel die Fertigstellung und der Betrieb des ZK sein. Dazu soll das Gutachten entscheidende Erkenntnisse liefern. Diese muss ich erst abwarten, ehe ich eine endgültige Entscheidung auch im Kreistag treffen kann. Dem vorgeschlagenen Resolutionstext kann die Fraktion GRÜNE zustimmen, wenn der Änderungsantrag angenommen wird.

[Bemerkung: Antrag wurde abgelehnt, auch von SÖREN]